Bezugs-Preis

für Leipzig und Vororte: In der Haupt-Expedition oder deren Ausgabestellen abgeholt monatlich: Ausgabe A (1 mal täglich) 70 Pf., Ausgabe B (2 mal täglich) 80 Pf., bei Zustellung ins Haus Ausgabe A 80 Pf., Ausgabe B 1 Mark. Durch unsere auswärtigen Ausgabestellen und durch die Post bezogen (1 mal täglich) innerhalb Deutschlands monatlich 1 Mark, für Oesterreich-Ungarn 5 K 45 h vierteljährlich, die übrigen Länder laut Zeitungspreisliste.

Diese Nummer kostet auf allen Bahnhöfen und bei den Zeitungs-Verkäufern **10 Pf.**

Redaktion und Expedition: Johannisgasse 8.
Telephon Nr. 153, Nr. 222, Nr. 1173.
Berliner Redaktions-Bureau: Berlin NW. 7, Prinz Louis Ferdinand-Straße 1.
Telephon I, Nr. 9275.

Morgen-Ausgabe B.

Leipziger Tageblatt
und
Handelszeitung.

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis

die 6gespaltene Petitzeile für Geschäftsinserate aus Leipzig und Umgebung 25 Pf., Familien-, Wohnungs- u. Stellen-Anzeigen, sowie An- und Verkäufe 20 Pf., finanzielle Anzeigen 30 Pf., für Inserate von auswärts 30 Pf. Reklamen 75 Pf., auswärts 1 Mark. Beilagegebühr 4 Mark p. Tausend exkl. Postgebühr. Geschäftsanzeigen an bevorzugter Stelle im Preise erhöht. Rabatt nach Tarif. Für Inserate vom Auslande besonderer Tarif.

Anzeigen-Annahme: Augustusplatz 8, bei sämtlichen Filialen u. allen Annoncen-Expeditionen des In- und Auslandes.

Für das Erscheinen an bestimmten Tagen u. Plätzen wird keine Garantie übernommen.

Haupt-Filiale Berlin: Carl Duncker, Herzgl. Bayr. Hofbuchhandlg., Lützowstraße 10 (Telephon VI, Nr. 4603).
Filial-Expedition: Dresden, Marienstr. 34.

Nr. 22. Dienstag 22. Januar 1907. 101. Jahrgang.

Wähler, gedenket Eurer Pflicht am 25. Januar! Wählt nur national!

Das Wichtigste vom Tage.

* Am gestrigen Abend fand die vorletzte nationale Wählerversammlung vor dem Wahltag im großen Saal des Zentraltheaters statt, in der Justizrat Dr. Junck noch Ergänzungen zu seinem Programm gab und eine lebhafte Debatte stattfand. (S. 2. Beilage.)

* Kolonialdirektor Dernburg hielt gestern in München einen Vortrag über koloniale Erziehung. (S. Art.)

* Die Reichstagsstichwahlen finden in Mecklenburg schon am 2. Februar statt.

* Lloyds Marineversicherungsagentur in London wird jetzt ebenfalls aus Santiago telegraphiert, es sei schwere Besorgnis vorhanden, daß der bei Plum Point gestrandete Dampfer der Hamburg-Amerika-Linie „Prinz Waldemar" total verloren ist.

* Das österreichische Herrenhaus beendigte die Beratung der Wahlreformgesetze und der numerus-clausus-Bill. Die Sanktionierung durch den Kaiser steht bevor.

* Der König von Schweden ist von seiner akuten Krankheit genesen; die chronische ist gebessert. Die Bulletins werden eingestellt.

* In Petersburg herrscht eine Kälte von 30 Grad Celsius. Diese Kältewelle scheint im Anzug gegen Mitteleuropa zu sein.

* Die Volksbewegung in Bulgarien nimmt eine gefährliche Schärfe gegen den Thron an. Der Fürst hat Sofia rechtzeitig verlassen. (S. Ausland.)

An die Gleichgültigen und die Mitläufer!

Es soll uns nicht einfallen, einem überzeugten politischen Gegner seine andere Ueberzeugung und Abstimmung übelzunehmen. Auch einem Sozialdemokraten nicht. Das Bekenntnis zur Sozialdemokratie ist eine geistige Verirrung, in vielen Fällen die Folge einer Massenhypnose auf unselbständige Naturen. Indessen gibt uns das kein Recht, dem Anhänger der Sozialdemokratie die persönliche Achtung zu versagen. Bei aller unserer Gegnerschaft gegen die Marxschen Lehren haben wir doch auch sie vergessen und nie bestritten, daß sie einen gewaltigen, auch in unseren Augen außerordentlich wichtigen Erfolg zum größten Teil auf ihr Konto setzen können, die Erweckung des Arbeiterstandes zu geistigem Leben, den Drang nach oben. Auch andere Leute haben das zu erreichen versucht, aber mit untauglichen Mitteln. Erst die Sozialdemokratie hat breite Massen in geistige Bewegung versetzt. Nun pocht sie auf das Recht der Führung, der Irreführung. Und es scheint ein Gebot der Notwendigkeit, daß immer erst mehrere Generationen denselben Irrweg gegangen sind, ehe das blühende Land ringsum entdeckt wird. Die Sozialdemokratie als radikale, aber praktische Reformpartei hätte es in der Hand, unser ganzes politisches Leben, alle unsere politischen Institutionen in wahrhaft freiheitlichem Sinne umzugestalten. Sie würde mit einem Schlage die größte politische Partei, überhaupt der größte politische Machtfaktor im Deutschen Reiche werden. Allein sie will nicht. Das heißt ihre paar Hundert auf Marx eingeschworenen Führer wollen nicht. Und die Massen, die recht gern selbst schon für sich und ihre Kinder von den verheißenen Früchten nehmen würden, gehen mit. Und um sich und die Ihren zu trösten auf dem endlosen Wege, malen sie in glühenden Farben das Wunderland der Zukunft aus, wo der Löwe mit dem Lämmlein graset.

Den Leuten ist nicht von heute auf morgen zu helfen, schon deshalb nicht, weil sie mißtrauisch sind und mißtrauisch gemacht werden gegen alles, was von nichtsozialdemokratischer Seite an sie herantritt. Aber die Zahl dieser innerlich Ueberzeugten, dieser durch das Mysterium Gefesselten ist ja gar nicht so groß. Sie mag kaum die Zahl der politisch Organisierten ausmachen und ist sicher nur ein kleiner Bruchteil der Gewerkschaftsmitglieder. Doch sind sie die Leute, die im Tritt marschieren und die große Menge der Mitläufer anziehen. An diese Mitläufer und Mitstimmer geht unser Ruf. Sie sind weder durch Ueberzeugung, noch durch Reizung an das rote Banner gefesselt. Zum Teil haben sie nur sozialdemokratisch gestimmt, weil es die andern taten, zum Teil aus allgemeiner oder persönlicher Unzufriedenheit heraus, zum Teil, weil der bürgerliche Kandidat ihren politischen Wünschen zu wenig entsprach. Diesen Tausenden von Wählern muß das Gewissen geschärft werden. Sie sind immer mit der Entschuldigung bereit: „Man wird noch nicht Sozialdemokrat, wenn man sozialdemokratisch wählt." Aber man wird mitverantwortlich für all die Unzufriedenheit und Unlust im Volke, die das Aufwärtsstreben der Nation hemmen, für die Negationspolitik der sozialdemokratischen Fraktion, die alles verweigert, was zur Existenz des Vaterlandes notwendig ist, für die Schmähungen des deutschen Namens, für die Minderung des deutschen Ansehens im Auslande, die uns wirtschaftlich schadet und militärisch in unabsehbares Unglück stürzen kann. Dafür sind die Mitläufer mitverantwortlich, ob sie das alles gewollt haben oder nicht. Der überzeugte Sozialdemokrat hat wenigstens eine Entschuldigung, seine doktrinäre Blindheit, die ihn solche Schäden und Gefahren nicht sehen oder erkennen läßt. Wer aber die Gabe der natürlichen Erkenntnis noch unzerstört sein eigen nennt und dennoch dieser herostratischen Partei zu größerer Macht verhilft, der versündigt sich an seinem Vaterlande, an sich selbst. Der handelt unwürdig, weil ihm diesmal auch die Entschuldigung fehlt, daß der bürgerliche Kandidat ihm zu weit rechts stehe, zu wenig freiheitliche Gewähr biete. Einen freiheitlicheren Kandidaten als Dr. Junck hat Leipzig noch nicht gehabt. Es wird auch keinen haben und braucht ihn auch nicht. Alle vernünftigen und praktisch aussichtsvollen liberalen Bestrebungen stehen in seinem Programm. Sozialpolitisch absolut zuverlässig, weil ihm Sozialpolitik Herzenssache ist. Dazu ein gewissenhafter, fleißiger und sympathischer Mann. Wo bliebe ein Grund, außer Torheit oder üblem Willen, diesen Vertreter der Leipziger Interessen und der des ganzen Volkes stehen zu lassen und dem sozialdemokratischen Haufen nachzurennen? Der 25. Januar ist der kritische Tag in der politischen Geschichte Leipzigs. Wenn es mit diesem Kandidaten nicht gelingt, Leipzig zurückzuerobern, dann ist Leipzig für das Bürgertum verloren. Und jeder Mitläufer der Sozialdemokratie wäre mit schuld daran.

Schlimmer aber noch als die Mitläufer sind die politisch Gleichgültigen, die da sagen: „Was geht das mich an?" Und es gibt ihrer die schwere Menge. Von 42 000 Wahlberechtigten blieben bei der letzten Reichstagsstichwahl 4000 zu Hause. Sie kümmerten sich nicht um Wohl oder Wehe des Vaterlandes. Es war ihnen ganz gleichgültig, ob ein Sozialdemokrat oder ein vaterlandsfreudiger Mann gewählt wurde. Es kümmerte sie auch nicht, was die Zukunft bringen würde. Ob deutsche Soldaten in den Durststrecken von Südwestafrika verschmachten mußten, weil ihnen die Zufuhrbahn nicht bewilligt wurde, ob uns Engländer und Franzosen wegen unserer Pfennigfuchserei verspotten würden, das alles rührte sie nicht. Sie blieben zu Hause, scheuten den kleinen Weg in das Wahllokal ihres Distrikts oder hatten gerade zu tun, wichtig zu tun. Vielleicht einen Brief zu schreiben oder Skat zu spielen oder zu Mittag zu essen. Irgend so ein wichtiger Entschuldigungsgrund findet sich schon. Soll das auch diesmal so bleiben? Die Sozialdemokratie bringt den letzten Mann an die Urne. Das ist sicher. Sie hat sich bereits zu dem bedenklichsten Schritt entschlossen, den es mitten im Wahlkampfe überhaupt gibt. Sie hat ihren Kandidaten gewechselt. Der alte Herr Molteler, der wie Moltke schweigen konnte, hat Herrn Lange weichen müssen. Die Sozialdemokratie wittert also die Gefahr, sie bangt mit vollem Recht um ihren Leipziger Sitz. Daher wird sie fanatisch um das Mandat kämpfen. Sie wird jeden ächten, der sozialdemokratischer Gesinnung verdächtig und nicht an die Urne zu bringen ist. Darf es in der bürgerlichen Welt anders sein? Das Reichstagswahlrecht heißt nicht umsonst das höchste bürgerliche Ehrenrecht. Ein Recht aber, das man ruhen läßt, hat keinen Wert. Und wenn durch die Nichtbenutzung gar dem Vaterlande Schaden zugefügt wird, so gereicht das dem Säumigen zur höchsten Unehre.

Man kann schließlich politische Indifferenz noch verstehen in einem Wahlkreise, wo jede Gegenwehr gegen sozialdemokratische Massen vergeblich bleiben muß. Aber in Leipzig kann jede Stimme die Entscheidung bringen. 1903 standen den 16 140 sozialdemokratischen Stimmen 14 725 nationalliberale und 3333 freisinnige gegenüber. Gibt es angesichts dieser Ziffern die Entschuldigung: „Auf meine Stimme kommt es nicht an. Ich kann zu Hause bleiben"? Gerade dieser Wahlkampf muß jedem einzelnen Wähler das hohe, aber auch verpflichtende Bewußtsein großer politischer Bedeutung und Verantwortung geben. Wer am 25. Januar noch atmen kann und nicht im Kommunismus sein politisches Ideal sieht, der hat die einfache Pflicht und Schuldigkeit, Junck zu wählen. Erst wenn das allgemeine Ueberzeugung in Leipzig ist, ist uns der Sieg sicher.

Unwillkommene Wohltaten.

Wir haben in diesen Wochen Veranlassung und Arbeit genug, den Internationalismus der Gesinnung zu bekämpfen, nämlich da, wo er nicht hingehört: wenn dieselben Leute im Herero- und Hottentotten nur den „Bruder" sehen, für die ihr Fabrikherr bloß der „Feind" ist, weil er sich die doppelte Schraube ohne Ende, Herabsetzung der Arbeitszeit und Hinaufsetzung des Arbeitslohnes, nicht ohne weiteres gefallen lassen will.

Aber unser Christentum ist von jeher international gewesen, und das wollen wir nicht anders haben. Es ist ein schöner Zug, daß dem Europäer unserer Tage das Herz weich wird, wenn er von der entsetzlichen Hungersnot im fernen China liest. Wir möchten diese Gefühlsregungen nicht missen und halten gar nichts von jenen kalten Nörglern, die jede Sammlung für ausländische Opfer großer Naturkatastrophen bekriteln, so lange nicht dem letzten chronisch notleidenden Deutschen abgeholfen sei. Nein! Die Betätigung dieser internationalen Solidarität ist ein schöner Zug des modernen Völkerlebens und soll nicht bis zum Nimmermehrstage verschoben sein!

Freilich ist es wahr, daß so wenig, wie die private Wohltätigkeit auch die öffentliche der großen Sammelaktionen ein reines Produkt des Mitleids aber der christlichen Gesinnung ist. Etwas „Geschäft" ist wohl immer dabei. Wir reden an dieser Stelle nicht von den Motiven der Komiteevorsitzenden, die bei ihrer „aufreiblichen Arbeit" weniger an die schönen Augen der armen Chinesen denken, als an den gnädigen Blick des Fürsten beim nächstjährigen Ordensfeste. Auch hinter den wohltätigen Regungen der Nationen steckt viel „Geschäft": man benutzt die schöne Gelegenheit, um in einem fremden Volke eine wohligere Temperatur für die sammelnde „Schwesternation" zu erzeugen, deren Diplomatie ihre Aufgabe dadurch ein wenig erleichtert werden soll. Zuweilen hilft's ja auch, zumal wenn ohnehin schon etwas Stimmung vorhanden ist.

Angenommen wurden solche Gaben früher in jedem Fall. Im Vorjahre brachte zuerst Theodor Roosevelt einen Riß in die trotz aller egoistischen Beimischungen im Grunde doch schöne Sitte der internationalen Wohltätigkeit. Er wies die fremden Gaben für San Francisco zurück: „Amerika sei reich genug, sich selbst zu helfen".

England scheint der stolze Yankee für ein recht armes Land zu halten. Wir haben schon vor einigen Tagen über die große Sammelaktion in New York für das schwer betroffene Jamaika berichtet. In keinem Falle paßte wohl so boorisch der alte Vers: „und e bißele Falschheit is allemeil dabei". Die Motive der wohltätigen Yankees, die schleunigst Zehntausende von Dollars erschlangen, wo das englische Mutterland bloß Tausende gezeichnet hatte, die nicht nur hin, sondern auch eilo sandten, weil ihre geographische Lage eben ihnen ein citius ermöglichte — deren Motive konnte ein blindes Pferd sehen.

Trotzdem hätte das stolze Albion schwerlich ein „wie du mir, so ich dir" gespielt. Ein Wetteifer im Stolze war gerade bei dieser Gelegenheit zu gefährlich. Wenn den Jamaikanern ihr lucrum cessans unter die Nase gerieben würde, wären die Kolonien schlimmer als die einer übergroßen Verpflichtung zur Dankbarkeit, die in der Zeit nun einmal mit dem Schwindsuchtsbazillus, genannt „Vergessen", behaftet ist.

Aber die amerikanische Wohltätigkeit kam diesesmal doch zu aufdringlich. Es wurden amerikanische Marinetruppen zur Hilfeleistung gelandet. Man stelle sich das Geschrei vor, wenn bei einer solchen Gelegenheit einmal deutsche Truppen in Rio Grande do Sul ausgeschifft würden, auf das uns Annexionsabsichten anzudichten die „gelbe" Presse der Union nicht müde wird!

Der Gouverneur von Jamaika hat sich der ungebetenen Gäste mit größter Schnelligkeit und desto geringerer Höflichkeit entledigt. Damit ist die Sache wahrscheinlich abgemacht. Das amerikanische Geschwader kehrt zurück, wie einst das von den Lacedaemoniern zurückgewiesene attenische Hilfskorps Cimons. Freilich stimmt dieser Vergleich mit einer alten Geschichte bloß darin, daß beidemale ein Erdbeben die fremde Einmischung heraufbeschwor hatte. Damals folgte der Beleidigung auf der Stelle der Krieg, diesmal gewiß nicht. Aber eine Verstimmung kann zurückbleiben. Schon sind die Sammlungen in New York eingestellt. Der peinliche Eindruck dieser Tatsache auf die Demokraten läßt sich nicht verwischen durch das zweifellose Recht ihres brüsken Gouverneurs. An Gelbjacken sind die Menschen nun einmal so empfindlich!

Deutschland wird diese Wendung nicht beklagen. Wir haben in den letzten Jahren so wenig Freundlichkeiten von England erfahren, daß wir heucheln müßten, wollten wir versichern, daß wir den neuen Riß, welchen die Freundschaft zwischen den beiden angelsächsischen Nationen erlitten hat, aus tiefster Seele beklagen.

•

Eine spätere Depesche stellte in Abrede, daß ein Konflikt vorgekommen sei. Man wird abwarten müssen, wie weit dieses Dementi den Tatsachen entspricht. Von unserem Londoner Korrespondenten erhalten wir folgendes Telegramm:

Der Kingstoner Korrespondent des „New York Herald" meldet: Die Amerikaner wurden schlecht behandelt, die Engländer bei der Hilfeleistung behindert, amerikanische Aerzte gehindert. Die Anlageplätze der Hafen, der Eisenbahn usw. wurden durch Mannschaften des deutschen Dampfers „Prinzeß Victoria Luise" gerettet.

Ein weiteres Telegramm meldet:

Die amerikanische Flotte fuhr ab, nachdem sie eine längere Zeit gewartet hatte, ob der Gouverneur seine Haltung ändern werde. Eine Deputation führender Bürger bat den Admiral Davis um Entschuldigung wegen der Stellungnahme des Gouverneurs und bat ihn, in Kingston zu bleiben; aber der Admiral lehnte ab. Der Gouverneur drohte, den leitenden Kaufmann Magnus zu verhaften, falls er nicht auf die Hilfe amerikanischer Matrosen bei den Aufräumungsarbeiten verzichte.

Die Londoner Morgenblätter beklagen ausnahmslos den Zwist zwischen dem Gouverneur Swettenham und dem Admiral Davis, zumal da alle Zeitungsberichterstatter die ausgezeichneten Dienste der amerikanischen Seeleute lobend hervorheben. Obendrein war kein einziges britisches Kriegsschiff vor Kingston anwesend, und die verfügbare britische Landmacht war klein. Nach Ansicht der englischen Blätter hat Swettenham, dessen Stellvertreter die Landung amerikanischer Matrosen erlaubt zu haben scheint, eine große Taktlosigkeit und Steifheit an den Tag gelegt, wofür die Einwohner von Kingston büßen müssen, da Davis die von Roosevelt anbefohlene Absendung von Schlachtfleisch für die Notleidenden von Kingston telegraphisch abbestellt hat, was in Kingston große Entrüstung gegen Swettenham hervorrief. „Daily Express" hofft, die britische Regierung werde in Washington für Swettenham Abbitte tun und ihn sofort abberufen.

Der Chefkommandant der nordatlantischen Flotte, Evans, teilte dem Marinedepartement mit, daß Konteradmiral Davis gestern morgen mit den Schiffen „Missouri", „Indiana" und „Dentzer" in Guantanamo eingetroffen ist.

Dernburg über koloniale Erziehung.

Vortrag, gehalten in München am 21. Januar.

Meine Herren, wir beginnen jetzt damit, womit wir vor zweiundzwanzig Jahren hätten beginnen müssen, als wir zuerst Kolonien erwarben, nämlich, uns intensiv mit den Fragen national-ökonomischer und kulturellen Natur zu beschäftigen, die diese kolonialen Dinge in sich schließen.

Wir haben seit zweiundzwanzig Jahren Kolonien, aber wir haben bisher keine koloniale Politik gehabt.

Jede Regierung, die eine Politik hat, muß wünschen und muß es erreichen, daß dieses ihre Ziele enthaltende Programm jedermann im Volke verständlich sei. Seitdem ich mich mit kolonialen Dingen beschäftige, habe ich mir oft die Frage vorgelegt, wie kommt es denn, daß man in Deutschland gar so wenig von seinen Kolonien weiß, nicht weiß, wie unser kolonialer Besitzstande gekommen ist, was er für natürliche Hilfsquellen birgt, was wir schon getan, um zu erschließen, was er uns schon bietet. Und die Antwort auf diese Frage ist mir mit wachsender Deutlichkeit dahin gekommen, „es hat es ja noch niemand ernsthaft versucht, alle diese Dinge ins klare zu stellen", und als ich noch weiter gefragt habe, wer muß denn das tun, wer muß denn diesen Versuch machen, so habe ich mir später die Antwort gegeben: „Das muß die Regierung tun, die für ihre Politik Verständnis sucht und ohne solches Verständnis ihre Politik nicht durchführen kann." Wir müssen in die

Erziehung zum kolonialen Verständnis

eintreten mit all dem Temperament und all den Erfahrungen, die wir besitzen. Die Nation vor allem hat zu lernen, daß Kolonisieren heißt: eine absolute Veränderung zweier fremden Länder in all ihren Teilen von Grund auf, und daß zum Kolonisieren viel Zeit, viel Geduld, viel Zähigkeit gehört. Welche Schwierigkeiten gab es in Preußen im Beginn der sechziger Jahre in der Konfliktszeit, um dem Volke klarzumachen, wie es mit den militärischen Notwendigkeiten stand. Welche Kämpfe hat es gekostet, Deutschland zu ergreifen zu der Idee, daß es keine Binnenmacht sein kann, sondern die Welthandelspolitik zu betreiben hat, wenn anders es leben will. Welche Schwierigkeiten hat es gegeben, in Deutschland den Gedanken durchzudringen, daß Deutschland eine industrielle Nation ebensogut sein muß wie eine ackerbautreibende, und ich habe schon im Reichstag davon erzählt, wie einem berühmten süddeutschen Bankdirektor, der erklärt hat, mit Bergwerken wolle er nichts zu tun haben, was unter der Erde sei, könne man nicht wissen. Das ist kaum 20 Jahre her. Heute fürchtet sich der deutsche Kapitalist nicht, Bergbau-Unternehmungen in die Hand zu nehmen, von deren er weiß, die erste Rente kommt nach zwölf, ja mehr Jahren. Wenn aber schon ein so einfaches und bekanntes Problem wie ein Steinkohlenbergbau in großen Teufen selbst ohne alle Zwischenfälle zwölf Jahre in Anspruch nimmt, wie kann man sich wundern und wie darf man angeklagt werden, wenn eine Kolonialpolitik, die Ländergebiete bearbeitet in der 2½fachen Größe unseres deutschen Vaterlandes, in zweiundzwanzig Jahren noch verhältnismäßig nicht übergroße Spuren dieser Arbeit zeigt. Das also ist das erste, was wir zu lernen haben, daß wir geduldig sein müssen und fleißig und zähe.

daß die Früchte einer Kolonialpolitik langsam reifen,

und daß es in unserer Kolonialpolitik auch Stunden geben muß, von denen wir sagen, „sie gefallen uns nicht mehr". Glauben Sie nicht, daß wir darin allein stehen. Der bekannte englische Staatsmann Benjamin Disraeli, der bekanntlich Premier zu der Zeit des Berliner Kongresses war, also ungefähr um die Zeit, wo sich die ersten kolonialen Bestrebungen in Deutschland bemerkbar machten, hat zu jener Zeit erklärt, die Kolonien seien ein Mühlstein am Halse des englischen Reiches. Meine Herren, wie sieht denn dieses englische Kolonialreich aus, das der Mühlstein am Halse Englands sein sollte? Es ist sechzigmal so groß wie Deutschland und hat eine Bevölkerung von achtmal unserer deutschen Einwohnerzahl. Dabei war England damals schon ein Kolonialstaat, der auf hundertjährige Erfahrungen zurückblickte. Ja, wenn englische leitende Politiker solche Ansichten aussprachen, wie kann man es da einem preußischen General und Reichskanzler übelnehmen, wenn er nicht viel später erklärte, es könne der deutschen Nation wohl kaum etwas Schlimmeres begegnen, als wenn ihr ganz Afrika geschenkt wäre.

Der Engländer hat sich lange bekehrt.

Er hat seitdem industriell Aegypten erobert und zum Teil Abessinien, er entwickelt seine westafrikanischen Kolonien, er hat der Kapkolonie eine ungewöhnliche Entwicklung gegeben, er hat Natal belebt, den Oranje-Freistaat okkupiert, das Transvaal unterworfen, er hat große Ländergebiete im Norden unter sein Dominium gebracht, er hat in dem Sudan seine Flagge gehißt und das Gebiet der halben Sahara unter englische Oberherrschaft gestellt, er hat mit Zähigkeit eine Bahn, die in ihrer Art das kühnste Unternehmen ist, die Bahn vom Kap nach Kairo, von der Südspitze Afrikas nach dem Mittelländischen Meer, in Bau genommen. Viele Milliarden hat das englische Nationalvermögen zugenommen durch diese Politik. Aber England hat sich auch die Opfer nicht verdrießen lassen, um dieses Gebiet zu erwerben und zu pazifizieren. Seit dem Jahre 1895 hat England in Afrika sieben Kriege geführt und nach einer Statistik, die ich nicht habe nachprüfen können, 190 Millionen Pfund Sterling, das sind über 4000 Millionen Mark, zielbewußt, rücksichtslos und mit klarem politischem Verständnis ausgegeben.

Unsere koloniale Entwicklung

hat begonnen unter dem Fürsten Bismarck, einem nationalen Politiker unerreichten Ranges, aber einem Manne, dem die Interessen der Seefahrt und des Handels fernlagen und der kein besonderes Vertrauen hatte zu der Fähigkeit des Deutschen, sich diesen Dingen anzupassen, weder des deutschen Bürgers noch des deutschen Beamten. Und er hat deshalb den Satz aufgestellt, daß es der Kaufmann sein muß, der die Kolonien entwickle, der mit seinem Gelde sie betrachte, und er hat die Grundlage gelegt zu jenen Monopolgesellschaften, welche, wenn sie stark und kräftig genug gewesen wären und ihrer Pflichten hinreichend eingedenk, wohl manches hätten erreichen können, die aber ja, wie sie geschaffen waren, sich wie eine Art Mehltau nicht nur über die ihnen gehörenden Länder, sondern auch über das deutsche Nationalgefühl gegenüber unserer Kolonien gelegt haben. Dieser Fehler ist denn auch bald eingesehen worden, aber wir kämpfen gegen ihn heute noch. Schließlich mußten die Hoheitsrechte der Gesellschaften mit teurem Gelde abgelöst werden, die politische Gewalt mußte das Reich an sich nehmen und mit dieser politischen Gewalt kamen auch alle die politischen Aufgaben, und auf das Reich fiel der Schutz der deutschen Anlagen gegenüber einer wilden Eingeborenen-Bevölkerung und schlimmen Naturgewalten. Das war die zweite Enttäuschung, und aus dieser zweiten Enttäuschung wurde geboren die Idee, die ich schon erwähnt habe, daß wir Deutsche den